

TEILHABE, KONTROLLE,  
INFORMATION

- KPÖ in den Gemeinderat!



## VOITSBERG

KPÖ-Kandidatin Hilde Tragler

# Eine Frage der Gerechtigkeit

Unser System passt nicht. Da gehen Milliarden an die Banken, was vielleicht sogar sein muss. Aber wer wird für die Misswirtschaft zur Verantwortung gezogen? Warum bekommen Manager weiter fette Bonuszahlungen? Und was bleibt für die arbeitenden Menschen außer dürtige Lohnerhöhungen? – Hilde Tragler, Betriebsrätin bei Magna Steyr in Graz, hat mit den aktuellen Zuständen keine Freude. Die geborene Voitsbergerin kandidiert bei der Gemeinderatswahl im März für die KPÖ in Voitsberg. Und will sich da vor allem für ein gerechteres System und die Menschen in Not stark machen.

Denn vieles passe zurzeit einfach nicht. Etwa der Umgang mit dem Geld. „Bei uns im Betrieb haben 96 % der Angestellten einem Gehaltsverzicht zugestimmt. Freiwillig, obwohl es letztendlich kaum was gebracht hat, weil trotzdem Leute gekündigt wurden. Aber warum sperrt man sich im Gegensatz dazu gegen die Reichensteuer für Euromillionäre oder eine Steuer auf Börsengeschäfte? Weil davon diejenigen betroffen sind, die entsprechende Gesetze beschließen müssen?“, fragt sich Hilde Tragler.



Milliarden für Banken, Millionen für Manager, nichts für gefährdete Betriebe. In den Augen von Hilde Tragler eine Ungerechtigkeit!

Statt Geld dort zu holen, wo es im Überfluss vorhanden ist, pulvere man es in ein krankes System. Etwa in die Banken, wo die Staaten Milliarden dafür zahlen, dass es letztendlich wieder fette Bonuszahlungen für die Manager gebe. „Und niemand wird zur Verantwortung gezogen, der uns das eingebrockt hat“, ortet die Voitsbergerin und zweifache Oma eine große Ungerechtigkeit.

Die Wertschätzung für die Arbeit und die Arbeitenden fehlt, meint die Arbeiterin. Die Angst vor dem Jobverlust wirkt lähmend. Sie wünscht sich, dass die Menschen mehr nachdenken über ihre Situation nachdenken und beginnen für ihre Rechte einzutreten.

## Liste 3 – KPÖ in der Gemeinde!

Im März kommenden Jahres finden in der Steiermark Gemeinderatswahlen statt. Wir stellen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte bzw. Kandidaten der „Liste 3 – KPÖ“ vor und rufen zum gemeinsamen Handeln auf. Die KPÖ unterstützt auch Kandidaturen von Namenslisten: Rufen Sie uns an: 0316 / 877 51 02.

Unser Leben  
ist mehr wert  
als eure  
Profite

## EISENERZ

KPÖ-Gemeinderat Karl Fluch

# „Der Jugend helfen!“

Wenn es um die Zukunft der Jugend geht, ist Karl Fluch nicht zu bremsen. Der 65-jährige kämpft seit jungen Jahren für die Rechte und die Lebensqualität der arbeitenden Menschen: „Wir müssen etwas für die jungen Menschen tun. Wir brauchen Arbeitsplätze in Eisenerz. Wenn es die nicht gibt, dann gehen die Menschen weg, dann brauchen wir bald keine Kindergärten, Schulen.“ Das sei das Ende der einst blühenden Bergarbeiterstadt Eisenerz.

Der Bezug zur Bergarbeit wurde Karl Fluch quasi in die Wiege gelegt. Er wurde am 11. Jänner 1944 in der Bergarbeitergemeinde Radmer geboren, machte eine Lehre als Bergmann und arbeitete im Bergwerk von Radmer. Schon früh trat er der KPÖ bei und erhob seine Stimme im Sinne seiner Kollegen im Bergbau.

Nach der Übersiedlung nach Eisenerz schaffte der umtriebige Bergmann und Bezirkspolitiker 1975 schnell den Sprung in den Gemeinderat. 1985 bis 1995 war er sogar Stadtrat in Eisenerz. Seine Volksverbundenheit und Hartnäckigkeit, wenn es um die Interessen der arbeitenden Menschen und der Jugend ging, bescherten ihm 20 Pro-



Der Eisenerzer Gemeinderat Karl Fluch.

zent der Wählerstimmen.

Soziale Gerechtigkeit steht bei Karl Fluchs ganz oben. Vehement machte er sich zum Beispiel gegen Verschlechterungen bei der Sozialversicherung für Bergarbeiter stark; etwa als es darum ging, die Selbstbehalte anzuheben.

Besonders wichtig ist dem Hobby-Fußballschiedsrichter der „Steirische Brotlaib“ selbst. Als 2004 der Stiftungsvertrag über die Zukunft des Bergbaus am Erzberg unterzeichnet wurde, pochte der KPÖ-Gemeinderat darauf, dass die Arbeitsplätze in Eisenerz erhalten bleiben müssen und dass man sich Gedanken über die Vermarktung des Berges machen müsse, um die Gemeinde nicht in massive Probleme zu stürzen. Mit seinen Warnungen sollte er, wie man heute sieht, Recht behalten.

MITEINANDER **KPÖ**  
STATT GEGENEINANDER